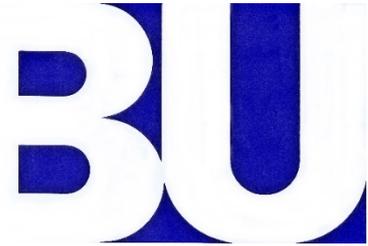


STADT GÜGLINGEN
Tagesordnungspunkt Nr. 8
Vorlage Nr. 25/2019
Sitzung des Gemeinderats am 19.02.2019
-öffentlich-

Joachim Esenwein

Fraktionssprecher
Sophienstrasse 57
74363 Güglingen

BÜRGER - UNION
WÄHLERVEREINIGUNG
GÜGLINGEN
FRAUENZIMMERN
EIBENSACH



Joachim Esenwein Sophienstrasse 57 74363 Güglingen

Güglingen, den 06.02.2019

An die
Stadtverwaltung Güglingen
Herrn Bürgermeister Ulrich Heckmann
Marktstraße 21
74363 Güglingen

Stadtbahn S3 ins Zabergäu

Antrag der Bürger-Union

Der Bürgermeister der Stadt Güglingen führt einen Beschluss des Gemeinderats herbei und leitet ihn an den Landrat und die Fraktionsvorsitzenden des Kreistages weiter. Er bittet darum, in der Ende Februar stattfindenden Ausschussbesprechung mit den Vertretern der PTV die aufgeworfenen Fragen zu behandeln.

- Der Gemeinderat der Stadt Güglingen hält die Anbindung des Zabergäus mit der S3 an den HNV für unverzichtbar
- Nach der Schließung des Krankenhauses darf nicht noch eine weitere Infrastruktur des Zabergäus beerdigt werden.
- Der Gemeinderat der Stadt Güglingen fordert den Landrat des Landkreises Heilbronn auf, zusammen mit Land und Bund die Voraussetzungen für eine Reaktivierung der Strecke zu schaffen, und die beschriebenen großen und weitere kleine Stellschrauben in die richtige Richtung zu bewegen, um die Standardisierte Bewertung mit dem Faktor 1,0 abschließen zu können.

Begründung:

Verkehrsminister Winfried Herrmann hat in einer Pressemitteilung die Zabergäubahn explizit als Strecke genannt, die zu einer Reaktivierung heransteht.

Der schienengebundene ÖPNV ist ein wesentlicher Bestandteil der baden-württembergischen Klimastrategie der Landesregierung und zum Erreichen formulierter Klimaziele. Der Verkehr ist einer der Hauptemittenten für das Treibhausgas Kohlenstoffdioxid. Dabei liegt Baden-Württemberg mit einem 30%-igen Anteil des Verkehrs an den Gesamtemissionen um 5% höher als im Bundesdurchschnitt.

Im Zwischenbericht der PTV zur „Standardisierten Bewertung“ erreicht die Bahnstrecke die notwendige 1,0 nicht. Für die Einwohner ist dies unverständlich, nachdem in einer ersten „Standardisierten Bewertung“, die Strecke im gesamten HNV - Netzes am besten bewertet war.

Die Zunahme des Individualverkehrs, der rasante Anstieg von Arbeitsplätzen und Einwohnern, die Zunahme der CO₂-Problematik, das Drohen von Fahrverboten in den Innenstädten, und der Wunsch der Metropolregion Stuttgart gute Alternativen zum Individualverkehr zu entwickeln, um Innenstädte vom Verkehr zu entlasten, spiegelt sich in dem vorläufigen Ergebnis nicht wider.

An der neuen „Standardisierten Bewertung“ wurde über 10 Jahre lang gebastelt. Das im Zwischenbericht vorliegende Ergebnis hinterlässt den Eindruck, dass sie eher zu einem SPNV-Vermeidungsprodukt entwickelt wurde, denn zu einem Instrument, das den Herausforderungen nachhaltiger Verkehrslösungen dient. Sie wird die nächsten Jahre in dieser Form nicht überstehen und erneut ersetzt werden. Davon sind wir überzeugt.

Ein Zwischenergebnis ist allerdings kein Endergebnis und so sprach auch der Landrat von Stellschrauben, die noch verändert werden können.

Hierzu zählen als Big Points:

- Die Übertragung des Streckeneigentums an den Landkreis und damit in kommunale Hände. Die Strecke wurde von den Kommunen praktisch zum Nulltarif an die DB übertragen. Diese Übertragung muss rückabgewickelt werden, denn die DB zeigt keinerlei Interesse am Betrieb.
- Die Standardisierte Bewertung muss auf Straßenbahnstandard und nicht auf DB-Standard entwickelt werden.

Weitere Aspekte sind zu betrachten:

- Die Strecke Lauffen-HN muss als bestehende Strecke der EBO betrachtet werden und ganz oder nur teilweise auf der Kostenseite zu Buche schlagen.
- In gleicher Weise gilt dies für uns bei der Einrichtung der zusätzlichen Haltestellen in Klingenberg und in Böckingen
- Zu hinterfragen ist auch die Bewertung der Brückenbauwerke, die in der Machbarkeitsstudie als „standsicher“ bezeichnet wurden.

Bei den Big Points sehen wir uns auch durch die Aussagen von MdL Daniel Renkonen bestätigt anlässlich der Schiene-frei-Aktion bestätigt, der gleichzeitig auch die Beteiligung des Landes an den Betriebskosten in Aussicht stellte, sofern die Standardisierte Bewertung von 1,0 erzielt wird. Dabei wird das Land behilflich sein, denn die Strecke passt in die ambitionierte Klimastrategie des Landes.

Gleichwohl bleibt für uns unverständlich, dass nicht schon längst die Rückübertragung der Strecke politisch vorangetrieben wurde, um in der Analyse Basisdaten verwenden zu können, die der Reaktivierung dienen.

Ein deutliches Signal müssen wir Zabergäu-Kommunen setzen. BM Czaszar hat hierzu mit seinem Grußwort den Anfang gemacht. Er forderte den Schulterschluss von Kreis, Land und Bund ein und ergänzte, dass die Schiene-frei-Aktion des Vereins Zabergäu pro Stadtbahn zeige, dass das Thema den Bürgern wichtig sei.